

Der  
**Kriegsausgang**  
und die  
deutsche Industrie.

von

P. Meesmann, Mainz  
Syndikus und Hauptmann d. L.



Verlag J. Diemer, Mainz.

40. bis 60. Tausend.



# Der Kriegsausgang und die deutsche Industrie.

von

P. Meesmann, Mainz  
Syndikus und Hauptmann d. L.



Mainz 1917  
Druck von Karl Theyer in Mainz



Die Erörterungen über die Kriegsziele haben unter der Reichskanzlerschaft des Herrn von Bethmann-Hollweg zum Teil Formen angenommen, die den Eindruck erwecken mühten, als ob das deutsche Volk innerlich vollkommen über seines Daseins Zweck und Ziele gespalten sei. Inzwischen ist eine gewisse Beruhigung eingetreten und es steht zu hoffen, daß in der weiteren Behandlung dieser Dinge allerseits mit größerer Sachlichkeit verfahren wird als bisher und daß man auch dem vermeintlichen Gegner seiner eigenen sogenannten Meinung im deutschen Vaterlande diejenige Würdigung zu Teil werden läßt, die man sogar dem Feinde zubilligt. Hierzu sollte schon folgende Erwägung zwingender Anlaß sein. Es gibt zahlreiche Kreise in Deutschland, die eine Verständigung mit den Feinden für möglich halten, mit Feinden, die seit Jahrzehnten planmäßig auf den Untergang Deutschlands hingearbeitet haben und die während des Krieges an Bruch internationaler Verträge, Mißhandlung deutscher Gefangener, Zerstörung deutschen Eigentums, Mißachtung aller Privatverträge, an Lüge und Verleumdung das Menschenmögliche geleistet haben. Eine einfache Ueberlegung sollte doch jedem sagen, daß, wenn man sich mit seinen eigenen Landsleuten, die doch das gleiche Interesse am Wohlergehen Deutschlands haben, wie man selbst, die Fleisch vom eigenen Fleisch, Blut vom eigenen Blut sind, sich nicht einmal über die beiderseitigen Ansichten auseinander zu setzen vermag, man von vornherein die Hoffnung auf Verständigung mit Feinden aufgeben müßte. Also der Versuch der Verständigung mit seinen vermeintlichen deutschen Gegnern müßte gemacht werden.

Wir wollen einmal zuerst vom allgemeinen Standpunkt und sodann vom Standpunkt der Industrie die Klarlegung der Meinungsverschiedenheiten versuchen.

Zunächst macht eine Seite der anderen Seite den Vorwurf, daß sie den Krieg verlängern wolle. Dieser Vorwurf sollte billigerweise ganz ausscheiden. Es sei dahin gestellt, ob es einige Schurken gibt, die eine Kriegsverlängerung aus eigenem Nutzen wünschen, diese sind immerhin in allen Bevölkerungsschichten und Erwerbskreisen denkbar; keine dieser Schichten und Kreise hat aber als solche ein Interesse an der Kriegs-

verlängerung, denn unter den zunehmenden Erschwerungen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse leiden sie alle ohne Ausnahme. Auch müßte der Vorwurf schon deshalb verstummen, weil angesehene, sittlich einwandsfreie Persönlichkeiten bei den zur Behandlung stehenden Fragen auf beiden Seiten zu finden sind. Der Vorwurf wirkt daher vergiftend in hohem Grade.

Eine andere Frage ist selbstverständlich die, ob das Verhalten der einen oder anderen Partei dazu beiträgt, den Krieg zu verkürzen oder zu verlängern, ob also die Betonung der Friedensliebe und Friedensbereitschaft des deutschen Volkes das Richtige ist, oder lediglich die Betonung des Siegeswillens. Auch diese Frage hat mit dem sachlichen Standpunkt der Parteien zunächst nichts zu tun. Ihre Beantwortung hängt lediglich davon ab, welche psychologische Wirkung mit der einen oder anderen Art des Verhaltens erzielt wird. Wir haben dafür reiche Erfahrungen sammeln können auf unserer Seite und auf Seite unserer Feinde. Auf unserer Seite haben der frühere Reichskanzler und die Reichstagsmehrheit sich zum erstenen Verfahren bekannt, unsere Feinde zum letzteren mit der Verschärfung, daß sie nicht nur ihren Siegeswillen, sondern auch ihren Willen zu unserer Vernichtung bekundeten. Die Erfolge unseres Verhaltens sind bisher rein negativ gewesen, die unserer Gegner in hohem Maße positiv. Es ist uns nicht gelungen, auch nur einen einzigen Staat, außer den mit uns von Anfang an verbündeten Mächten, zu bewegen, auf unsere Seite zu treten, die Feinde aber haben es vermocht, im Laufe der drei Jahre fast die ganze Welt sich zu Bundesgenossen zu machen. Nach jeder Erklärung unserer Friedensbereitschaft haben sich die Entente-Genossen fester zusammengeschlossen. Was aber besonders bezeichnend ist, die erhoffte Wirkung unserer Friedensbereitschaft auf das revolutionäre Russland ist völlig ausgeschrieben. Wenn man sich damit tröstet, daß die Wirkung sich später zeigen wird, so ist das eine Meinung, der offenbar jede Grundlage fehlt, denn auch bei den neutralen Mächten ist von einer größeren Hinneigung zu Deutschland infolge seiner erwähnten Haltung nichts zu spüren. Woher kommt das? Offenbar daher, daß die Völker sich bei ihrer Stellungnahme zu den kriegsführenden Parteien nicht von Bekundungen der Friedensliebe seitens einer derselben, sondern lediglich von Erwägungen der politischen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit leiten lassen. Daß dabei die Furcht vor der größeren Macht eine erhebliche Rolle spielt, liegt auf der Hand. Die Furcht aber wird naturgemäß nicht durch Erklärungen der Friedensliebe, sondern des Machtwillens errichtet und genährt.

Diese Frage leitet dann weiter dazu über, welche Beweggründe eigentlich unsere Feinde bei ihrem zähen Festhalten an ihrer Absicht der Niederringung Deutschlands leiten. Wenn wir diese Frage richtig beantworten, so ist für unser weiteres Handeln außerordentlich viel gewonnen und ein großes Hemmnis unserer inneren Verständigung aus dem Wege geräumt. Die Antwort wird ja bereits durch die Geschichte Englands in den letzten drei Jahrhunderten gegeben. Durch dieselbe geht, einerlei welche Partei am Ruder gewesen ist, der Zug nach der Weltherrschaft zur See. Wenn es möglich war, hat England sich zu seinen Zwecken anderer Staaten bedient, die es vorzüglich verstand für seine Interessen einzuspannen. So besiegte es nacheinander Spanien, Holland und Frankreich mit fremder Hilfe und vernichtete sie als Seemächte dauernd. Dabei ließ es sich auch durch anfängliche Misserfolge nicht abschrecken. Dauerte doch der Kampf mit Frankreich 100 Jahre. Auch eigene Opfer brachte England, soweit es notwendig war, das bewies erst wieder der dreijährige Krieg gegen die Buren-Republik. Man kann sagen, daß, je stärker sich ein Gegner erweist, um so hartnäckiger wird England und zu um so größeren Opfern ist es bereit. Und das ist folgerichtig. Denn wenn ein Gegner große Stärke beweist, so ist es für England um so notwendiger, ihn niederzuringen. Sonst müßte es ja befürchten, daß, falls ihm dies nicht gelingt, der Gegner später noch mächtiger, seine, Englands, Herrschaft, also noch mehr gefährdet wird. Daher setzt es schließlich sein letztes daran, diesen Gegner niederzuwerfen. Auf eine Teilung der Herrschaft wird und kann England niemals eingehen, denn die Herrschaft mit einem Andern teilen, heißt für England die Herrschaft aufgeben. Die Herrschaft braucht aber England, schon um sein Kolonialreich aufrecht zu erhalten; wird sie erschüttert, so fällt dieses Reich mit Naturnotwendigkeit zusammen. Dazu kommt, daß England sich ein bequemes, behagliches Leben angewöhnt hat. Dies Leben kann es nur fortführen, wenn ihm die Reichtümer der Welt zur Verfügung stehen, sonst muß es wieder angestrengt arbeiten, um im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen arbeitsamen Völkern bestehen zu können. Von den anderen mit England verbündeten Ländern braucht man nicht viel zu sprechen. Sie sind von jeher, — wie alle Kenner bestätigen, — von Haß gegen Deutschland erfüllt und sind außerdem mit England auf Gedeih und Verderb verbunden. Englands Untergang ist auch ihr Untergang, Englands Sieg ihr Sieg.

Schließlich soll man nicht das Gebot der Ehre unterschätzen. Es ist eine sehr starke Triebfeder im Leben der Völker. Wie der einzelne Mensch, der auf seine Ehre hält, lieber untergeht, als sie preisgibt, so auch

die Völker. Für England ist die Seeherrschaft ein Ehrenpunkt aller-ersten Ranges, für Frankreich der Besitz Elsaß-Lothringens und womöglich der Rheinlande.

Überlegt man diese Punkte, so gelangt man auch zu einer richtigen Einschätzung unserer Gegner hinsichtlich ihrer Haltung zu unseren Friedenserklärungen. Die Gegner können es von ihrem Standpunkte nicht verstehen, daß wir anders denken können, wie sie selbst. Für sie gibt es deshalb nur zwei Möglichkeiten der Auslegung: entweder daß wir es nicht ehrlich mit der Friedensbereitschaft meinen, oder daß wir so schwach sind, daß wir, um unseren Zusammenbruch zu verhüten, den Frieden haben müssen. Unsere Vertreter der Friedensbereitschaft meinen dagegen, daß die Gegner ebenfalls alles Interesse daran haben müßten, den Krieg bald zu beenden und wenn nicht die Regierungen, dann sicherlich die Völker. Sie glauben, daß die Menschenschlägerei an sich etwas so Furchtbareß sei, daß gar niemand anders könne, als mit aller Macht auf die Beendigung derselben hinzuarbeiten. Hierauf hat Lloyd George in seiner letzten großen Rede eine deutliche Antwort gegeben in dem Satz: „Der Krieg ist etwas Schauriges, aber er ist nicht so schrecklich wie ein schlechter Frieden“. Nicht anders haben schon früher große Männer der deutschen Geschichte gedacht, man lese nur die Aussprüche eines Friedrich des Großen und eines Bismarck.

Die Stellung Englands zur Weltpolitik ist so klar, daß man nur erstaunt sein kann, daß dieselbe von dem verflossenen Reichskanzler in der Weise hat verkannt werden können, wie es geschah, daß er seine Politik auf eine Verständigung mit England Jahre lang einstellte und daß er noch in den letzten Tagen vor Ausbruch des Krieges an eine Verständigung mit England glauben konnte. Aus der Stellung Englands zur Weltpolitik ergibt sich auch, daß seine Haltung zu dem Friedensangebot vom 12. Dezember und zu der Stockholmer Sozialisten-Konferenz durchaus logisch ist und mit einer „Furcht vor der Wahrheit“, die man in deutschen Zeitungen als Grund angibt, nicht das mindeste zu tun hat. Dem Engländer muß es auch unverständlich sein, daß man das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember ein „hochherziges“ nennt. Hochherzig kann man doch nur ein Angebot nennen, das jemand macht, der sich im unbezweifelten Besitz des Gegenstandes dieses Angebots befindet. Das aber bestreitet hier der Engländer, der eben nicht mit der augenblicklichen militärischen Lage rechnet, sondern mit der zukünftig zu schaffenden Lage. Er bezweifelt aber seinerseits gar nicht, daß die künftige Lage für ihn sich bedeutend günstiger gestalten wird, da ihm noch ungezähltes Menschen- und Kriegsmaterial zur Verfügung steht. Ob er sich

darin verrechnet, ist eine andere Frage, aber die subjektive Berechtigung zu seinem Urteil kann man ihm, der mit langen Zeiträumen zu rechnen gewohnt ist, nicht bestreiten. Und was die Stockholmer Friedens-Konferenz betrifft, so sagt sich der Engländer, daß er doch die Richtung seiner Regierungspolitik nicht abhängig machen kann von dem mehr oder weniger zufälligen Ergebnis einer aus unverantwortlichen Vertretern der Sozialisten aller Länder zusammengesetzten Versammlung. Angenommen, die Herrschaften dort kämen zu einem einheitlichen Ergebnis, so soll doch dieses Ergebnis den Regierungen aufgedrungen werden, nötigenfalls, wie auch die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie deutlich genug zu verstehen gegeben haben, auf dem Wege des Generalstreiks oder der Revolution. Kann eine sich ihrer Verantwortlichkeit bewußte Regierung tatsächlich auf solche Möglichkeiten hin sich die Leitung der politischen Geschicke aus der Hand nehmen lassen? Was würde man sagen, wenn beispielsweise die katholischen Geistlichen oder die Geschichts-Professoren der verschiedenen Länder sich zu einer Internationalen Konferenz zwecks Feststellung der Friedensbedingungen zusammenschließen wollten? Also die Verweigerung der Pässe an die Delegierten der Sozialisten, und zwar nicht nur in England, sondern auch in Frankreich, Russland, Japan und Nordamerika hat an sich mit der Furcht vor der Wahrheit nichts zu tun, sondern ist in erster Linie eine Frage der politischen Einsicht.

Mit Folgerichtigkeit haben England und seine Verbündeten während des Krieges ihre vor dem Krieg betriebene Politik fortgeführt nach dem Satz von Clausewitz, daß der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Da es gilt, die wirtschaftliche Macht Deutschlands zu brechen, so hat man die deutschen Niederlassungen im feindlichen Ausland geschlossen, deutsche gewerbliche Unternehmungen liquidiert, die Vertreter deutscher Häuser interniert oder verschleppt und jede Lebensbetätigung, soweit sie mit dem Deutschtum irgendwie in Verbindung stand, unterbunden. Man ist weitergegangen und hat auch das Deutschtum in den neutralen Ländern mit Erfolg auf das Korn genommen. Das gesamte neutrale Ausland wurde mit einem Netz von Agenten überzogen, die über die Beziehungen aller Unternehmungen des Auslandes zum Deutschtum Kontrolle führen. Der nötige Nachdruck wird dadurch gegeben, daß keine Unternehmung zu Geschäften mit einem der uns feindlichen Staaten zugelassen wird, in dem sich deutsche Teilhaber, Angestellte oder Arbeiter befinden oder das mit deutschem Kapital, wenn auch nur in geringstem Maße, arbeitet, ja, das auch nur indirekt Beziehungen zu Deutschen unterhält. Diese Maßnahmen sind nicht nur für den Krieg getroffen, es werden auch Revers verlangt, die gegen hohe Vertrags-

strafe auf eine Reihe, in der Regel 10 Jahre nach dem Krieg den Verlehr mit einem deutschen Hause unmöglich machen sollen. Bekannt sind ebenso die Beschlüsse der Pariser Wirtschafts-Konferenz, die alle uns feindlichen Staaten verpflichten, nach dem Kriege eine Politik zu verfolgen, die es deutschen Unternehmungen unmöglich macht, auf fremden Märkten in Wettbewerb mit den eigenen Staatsangehörigen zu treten. Es soll dies erreicht werden auf dem Wege des Niederlassungsverbots, der Einführverbote, der Zuschlagszölle und anderer den wirtschaftlichen Verkehr betreffenden Maßregeln. Diese Maßregeln sind getroffen im vollen Einklang mit den maßgebenden Vertretern des Wirtschaftslebens der feindlichen Staaten und auf Grund von ausgedehnten Beratungen. Es ist also töricht, diese Dinge nicht ernst zu nehmen und darüber mit dem Trost hinweg zu gehen, es seien das von der Kriegsleidenschaft erzeugte Auswüchse, die nach dem Kriege in nichts zerflattern würden.

Ferner ist bekannt geworden, daß Engländer und Amerikaner in der künftigen Rohstoffversorgung Deutschland möglichst isolieren und von sich abhängig machen wollen. In Russland z. B. haben sich Unternehmergruppen aus Amerika und England die Vorkommen an Erzen aller Art sowie an den sonst erforderlichen Hilfsstoffen der Eisen- und Stahl-Industrie durch staats- und privatwirtschaftliche Verträge gesichert. Alle diese Vorgänge lassen auf einen wirtschaftlichen Kampf von außerordentlicher Schärfe nach dem Kriege schließen.

Bei der Einschätzung dieser Gefahr kommt noch ein Weiteres in Betracht. Die englische Industrie im allgemeinen und manche Industrien anderer feindlicher Staaten sind vor dem Kriege Deutschland gegenüber in gewissem Umfange rückständig gewesen. Diese Sachlage hat sich im Kriege nicht unwesentlich geändert. Beispielsweise ist die englische Industrie, was das Maschinenwesen betrifft, durch Amerika völlig modernisiert worden. Die englische Eisen- und Stahl-Industrie steht nach dem Kriege als eine ganz andere da, wie vorher. Sie hat sich ferner unter Beiseitigung aller Rechte des geistigen Eigentums die Errungenschaften der deutschen Industrie, namentlich der chemischen Industrie, zu eigen gemacht, die sie aus den in ihrem Lande befindlichen deutschen Anlagen schöpfen konnte. Dasselbe ist in anderen feindlichen Ländern mehr oder weniger geschehen.

Allerdings glaubt man in deutschen Landen wenig Wert beizumessen zu können, wenn man nur die nötigen papiernen Abmachungen von dem grünen Konferenztisch des Weltfriedens mit heim bringt. Sehen wir uns einmal die Voraussetzungen eines solchen Friedens des Nächeren an.

Die erste Voraussetzung ist, daß überhaupt ein Frieden auf dem Wege der „Verständigung“ zwischen gleichberechtigten Parteien zu Stande kommt. Es wurde schon oben dargelegt, aus welchem Grunde hieraus schwer zu denken ist. Wir können deshalb hierüber hinweggehen.

Die zweite Voraussetzung ist, daß auf diesem Wege zum wenigsten in Worte eine für unsere Entwicklung anscheinend günstige Grundlage des Friedens geschaffen wird. Man stellt es vielfach so hin, als ob unbedingt eine zufriedenstellende Formel gefunden werden müsse, wenn man nur erst einmal an einem Tisch zusammensticht. Das ist ja namentlich der gute Glauben der deutschen Sozialisten, die, in der Idee der allgemeinen Menschenverbrüderung besangen, gar nicht anders denken können, als daß alle Menschen nur das Bestreben haben, in Frieden und Freundschaft mit allen ihren Nachbarn zu leben. Dabei läßt sich doch, abgesehen von allen anderen Erfahrungen, die sie schon gemacht haben, beobachten, wie sich ihre Genossen in England, Frankreich, Russland usw. ganz anders verhalten. Die gehen, wenn sie überhaupt kommen, nur nach Stockholm, um, wie es der französische Sozialist und Minister Thomas ausgedrückt hat, das Recht ihres Landes durchzusetzen, nicht sich zu verständigen, und was sie als Recht ansehen, zeigen die Forderungen auf Räumung der besetzten Gebiete, Rückgabe von Elsaß-Lothringen, Wiederherstellung Belgiens durch deutsches Geld, Herstellung eines rheinischen Pufferstaates usw. Wie kann man ernstlich annehmen, daß, wenn Delegierte mit einer solchen gebundenen Marschroute kommen, es gelingen wird, eine im Sinne Deutschlands befriedigende Lösung zu erreichen? Die deutschen Vertreter trauen ihrer Beredsamkeit damit etwas gar viel zu.

Aber auch wenn Regierungsvertreter der kriegsführenden Länder einmal zu einem Friedenskongreß bei unentschiedener militärischer Lage zusammen kommen sollten, so ist schwerlich etwas anderes als eine Niederlage Deutschlands zu erwarten. Man erinnere sich nur an den Wiener Kongreß vor 100 Jahren. Preußen hat damals Europa vor dem Korsen (der heute noch als Nationalherr von den Franzosen gefeiert wird) gerettet und was war der Lohn? Die endlosen Beratungen hatten das Ergebnis, daß Preußen verstümmelt blieb, der Traum eines einzigen Deutschlands zerstört und daß das überwundene Frankreich als überlegene Weltmacht bestehen blieb. Woher soll nun bei dem allgemeinen Haß, dessen sich Deutschland in der Welt erfreut, der erleuchtende Geist kommen, der die Vertreter der feindlichen Staaten veranlaßt, deutschen Ansprüchen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen auf einem Kongreß, auf dem das

Stimmenverhältnis zwischen den Mittelmächten und ihren Gegnern so etwa wie 1:5 steht?

Die dritte Voraussetzung für die Gediehnlichkeit eines „Versöhnungsfriedens“ ist die nachherige dieser Formel tatsächlich entsprechende Haltung der feindlichen Länder und ihrer Bevölkerungen gegenüber Deutschland. In Paragraphen können doch nur gewisse Rechtsfälle gefaßt werden, wie z. B. die Gleichberechtigung der Angehörigen der Mittelmächte mit denjenigen der Ententeländern in ihren rechtlichen und wirtschaftlichen Betätigungen, gleiches Niederlassungsrecht, Recht des Erwerbs von Eigentum, des An- und Verkaufs, Rechtsschutz und vielleicht auch Meistbegünstigung im Handelsverkehr. Es ist selbstverständlich, daß die Mittelmächte dieselben Zugeständnisse den Feinden machen müssen. Wo bleibt da nun die Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn oder gar das berühmte „Mitteleuropa“? Diese Annäherung kann doch nur auf Begünstigung der Angehörigen dieser Staaten gegenüber denjenigen der feindlichen Staaten beruhen. Ist eine solche Begünstigung nicht zulässig, so bleiben zur Annäherung nur minder wichtige Punkte, wie gleichmäßige Gestaltung des formalen Rechtes, Ausgestaltung der beiderseitigen Verkehrseinrichtungen nach einheitlichen Richtlinien und der gleichen, Dinge, die außerdem im einzelnen auch wieder Gegensätze hervorrufen werden. Wird aber die gegenseitige Begünstigung der Mittelmächte zugelassen, so wird die gleiche Freiheit auch den feindlichen Staaten erkannt werden müssen und dem Wirtschaftskriege ist damit freie Bahn gegeben.

Aber auch wenn ein formaler Verzicht mit internationalen Vereinbarungen hinsichtlich des Wirtschaftskrieges zu Stande kommt, ist alsdann wirklich eine Gewähr für freie Entwicklung der deutschen wirtschaftlichen Kräfte im Ausland geboten? Der frühere Reichskanzler hat ja einmal von einem Frieden gesprochen, bei dem „kein Stachel und keine Verstimmung zurückbleibt“. Ein kühnes Wort angesichts der gewaltigen Verluste an Menschenleben und Eigentum, angesichts der unendlich vielen Gewalttaten, Worbrecherei und Grausamkeiten aller Art, die ihre tiefen Spuren auf Jahrhunderte zurücklassen werden. Glaubt man außerdem denn wohl, daß die Franzosen die Verwüstungen ihrer blühenden Gegenden im Nordwesten, die Belgier die ihrer Dörfer und alten historischen Städte so bald vergessen werden, zu geschweigen von den Verwüstungen und Grausamkeiten, die sich die Russen in unserem schönen Ostpreußen haben zu schulden kommen lassen? Im Gegenteil, man kann überzeugt sein, daß diese fast unvergänglichen Spuren des Weltkrieges auf viele Jahrzehnte die Wunden offen halten

werden, die der Krieg dem Kulturreben der Völker geschlagen hat. Der hierdurch entstandene Haß soll sich wirklich wegnützlich lassen durch einen Friedensvertrag? Wer das glaubt, der muß eine Umwandlung der Menschen durch höheres Eingreifen als möglich annehmen. Nach den bisherigen Erfahrungen bei allen Völkern und in allen Zeiten ist an eine derartige Umwandlung nicht zu denken. Die menschliche Natur hat sich bisher, seitdem es Geschichte gibt, noch nicht geändert, und erst die letzte russische Revolution, der die deutsche Sozialdemokratie ihre „Huldigung“ dargebracht hat, hat wieder gezeigt, wie wenig auch von einer politischen Umwälzung auf die Gesinnung und Handlungsweise der Menschen zu hoffen ist.

Die Erwägungen, denen die feindlichen Völker bei einem Frieden durch „Verständigung“ folgen werden, könnten nach zwei Richtungen gehen: Entweder sie sehen wirklich ein, wie unsere Verständigungsfreunde hoffen, daß wir militärisch nicht zu überwältigen sind. Dann werden sie erst recht alles daran setzen, uns auf dem „friedlichen“ Wege des Wirtschaftskrieges klein zu bekommen. An dieser Absicht werden alle vertraglichen Abmachungen nichts ändern. Denn man kann wohl, wie schon erwähnt, vereinbaren, daß gewisse Rechtssätze bestehen sollen, aber man kann nicht vereinbaren, daß wirtschaftliche Geschäfte zwischen den Angehörigen verschiedener Staaten gemacht werden müssen, oder eine wirtschaftliche Verfehlung nicht stattfinden darf. Ebenso können die Vereinbarungen sich nicht auf alle Lebensverhältnisse beziehen und verhindern, daß auf Umwegen die Angehörigen bestimmter Staaten geschädigt werden. Wir haben ja in Friedenszeiten mit der „Meistbegünstigung“ des Frankfurter Friedens, mit den Bestimmungen Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten über den Schutz des geistigen und gewerblichen Eigentums zahlreiche Erfahrungen nach dieser Richtung gemacht. Was kann man alles allein auf dem Gebiete der Handelsverträge zur Schädigung des Nachbarn tun! Man erinnere sich nur daran, daß jeder neue Handelsvertrag mit den uns feindlichen Mächten vor dem Kriege uns vor immer größere Schwierigkeiten gestellt hat, und zwar aus dem Grunde, weil wir mit dem Bezug von Rohstoffen in immer größere Abhängigkeit von den Vertragsstaaten gerieten, eine Lage, die von diesen mit Geschick und Nachdruck ausgenutzt wurde. Über diese Besorgnisse glaubt man sich vielfach damit hinwegsetzen zu können, daß man auf die Überlegenheit der deutschen Industriellen und des deutschen Kaufmannes verweist. Das ist sehr schmeichelhaft für diese Kreise, denen man sonst nicht allzu gewogen ist, aber man darf doch nicht die gewaltigen Veränderungen in der Lage der Industrie aller Länder, wie

sie durch den Krieg eingetreten ist, übersehen. Es wird nach wie vor gewisse Erzeugnisse geben, die das Ausland von der deutschen Industrie verlangt. Aber diese notwendigen Erzeugnisse bilden nur einen kleinen Teil des deutschen Gesamtabsatzes. Der größere Teil muß im heißen Wettbewerb mit anderen Ländern abgesetzt werden und der Absatz muß stattfinden, damit wir unsere Rohstoffe bezahlen können. Also bei allem Vertrauen zur Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Kaufleute und Industriellen ist ein übertriebener Optimismus nicht am Platze.

Die Feinde können aber beim Abschluß eines „Verständigungsfriedens“ noch von einer anderen Erwägung ausgehen. Sie können sich sagen, daß, wenn eine Pause von einigen Jahren eintritt, Deutschland wirtschaftlich so geschwächt werden kann, daß alsdann mit größerer Aussicht auf Erfolg ein neuer Krieg unternommen werden kann. Es ist bekanntlich die offen ausgesprochene Ansicht vieler hohen Militärs und auch anderer Leute im In- und im Auslande, daß, wenn dieser Krieg nicht siegreich beendigt wird, sehr bald ein neuer Krieg über Europa hereinbrechen wird. Da es bisher noch nicht gelungen ist, durch Friedensverträge den Ausbruch neuer Kriege zu verhindern, auch wenn diese Verträge ausdrücklich als „ewig“ vereinbart worden sind, so bliebe die Frage, ob durch Einsetzung internationaler Schiedsgerichte die Verhütung möglich ist. Aber kein Gericht kann auf Autorität rechnen, das nicht im Stande ist, nötigenfalls seinen Rechtsprilichen durch Gewalt Anerkennung zu verschaffen. Die Wirksamkeit internationaler Schiedsgerichte würde also voraussehen, daß ihnen eine gewaltige Militärmacht stets zur Verfügung steht. Diese Militärmacht kann aber wieder nur aus den Kontingenten der verschiedenen Staaten bestehen, sie kann erst auf Befehl der Regierungen dieser Staaten in Tätigkeit treten. Ist aber die Regierung eines großen Landes nicht willens, dessen Macht zur Verfügung zu stellen, so ist dieselbe Lage gegeben, wie bei Nichtvorhandensein des Schiedsgerichts. Es würden sich nämlich die anderen Völker zu entscheiden haben, ob sie nun gegen diesen Staat Krieg führen oder ob sie sich seiner ablehnenden Haltung anschließen wollen. Alsdann entstehen von neuem Koalitionen. In kleinem Maßstabe haben wir diese Entwicklung in der Geschichte ja häufig genug erlebt. Erinnert sei nur an die Geschichte des böhmischen Reiches Deutscher Nation. Diesem waren die Bundesglieder zur Kriegsgefolgschaft verpflichtet. Das hinderte nicht, daß einige Glieder — das größte Beispiel ist Friedrich der Große — sich der Verpflichtung entschlugen und das Ende war die klanglose Auflösung des Deutschen Reiches, das infolge seiner Ohnmacht zum Gespött wurde, und das Emporsteigen Preußens, das mit

„Blut und Eisen“ eine wirkliche Einigung des Deutschen Reiches zu Stande brachte.

Wie denkt man sich denn überhaupt eine gedeihliche Wirksamkeit internationaler Schiedsgerichte in Lebensfragen der Völker? Es sei ausdrücklich betont „in Lebensfragen“, denn daß kleinere Fragen auf schiedsgerichtlichem Wege erledigt werden können, bestreitet niemand. In kleineren Fragen steht eben der mögliche Gewinn im Mißverhältnis zu den Opfern eines Krieges, in Lebensfragen aber ist kein Einsatz zu groß, um nicht der Schicksalsfrage zum Opfer gebracht zu werden. Auch die Erfahrungen des täglichen Lebens können hier zum Beweis herangezogen werden. Das Schiedsgerichtswesen hat im kaufmännischen Leben zweifellos eine große Verbreitung gewonnen, aber jeder, der in diese Dinge hineingesehen hat, weiß, daß in Fragen von entscheidender Bedeutung niemand das ordentliche Gericht missen will, das seinem Urteil auch durch die Machtmittel des Staates Geltung verschaffen kann. Schiedssprüche lassen auch sehr häufig beide Parteien unbefriedigt, weil sie von vornherein darauf ausgehen, die sogenannte mittlere Linie zu ziehen, d. h. also nicht das strenge Recht zur Geltung zu bringen, sondern die Parteien zu vergleichen.

Es scheint uns, als ob man sich auch über das Wesen der durch ein Internationales Schiedsgericht zu lösenden Fragen einer großen Täuschung hingibt. Ein Gericht ist gut zur Entscheidung reiner Rechtsfragen, große internationale Fragen sind aber in den wenigsten Fällen klare Rechtsfragen, ebenso wie ein kaufmännischer Geschäftsabschluß nicht in erster Linie eine Rechtsfrage ist. Mit anderen Worten, ein Gericht kann formale Rechtsätze auslegen, es kann aber nicht über innere Lebensnotwendigkeiten entscheiden. Schon im Faust heißt es: „Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider nie die Frage“. Ein Gerichtshof kann nicht entscheiden, ob jemand ein erfolgreicher Kaufmann oder Industrieller sein darf oder ob er es nicht sein darf. Auf das Internationale angewandt: Wie soll ein Gerichtshof darüber entscheiden, wie weit sich die Angehörigen eines Landes in einem anderen Lande wirtschaftlich ausdehnen dürfen? Überläßt man dies aber dem freien Wettbewerb, so kann bei der Schwerkraft wirtschaftlicher Fragen ein kaufmännisch weniger entwickeltes Land von einem anderen wirtschaftlich unterjocht werden, ohne die Möglichkeit zu haben, sich dagegen zu wehren. Hat es aber das Recht, sich zu wehren, so kann es beliebig den Wettbewerb anderer Völker ausschließen und wo bliebe alsdann die „freie Entwicklung aller Völker“?

Zu dem Kapitel Schiedsgerichte ist noch folgendes zu berücksichtigen.

Ein Gericht wird nur dann einzigen Anspruch auf Unparteilichkeit erheben können, wenn die Richter an dem Ausgang des Streites selbst ganz unbeteiligt sind. Im bürgerlichen Rechtsleben wird diese Voraussetzung zur Vorbedingung jeden Rechtsurteiles gemacht. Es werden also Richter ausgeschieden oder sie können von den Parteien abgelehnt werden, die nach der einen oder anderen Seite durch Verwandtschaft oder sonstige Beziehungen besangen sind. Wo gibt es unbeteiligte Richter bei internationalen Lebensfragen? Die Verknüpfung der politischen und wirtschaftlichen Interessen ist in heutiger Zeit eine so enge und weitreichende, daß es kein kultiviertes Volk gibt, das nicht mit allen anderen Völkern, aber in sehr verschiedenem Grade, wichtige Beziehungen unterhält und das von dem einen mehr, von dem anderen weniger abhängig ist oder wenigstens beeinflußt wird. Es ist deshalb schlechterdings unmöglich, Richter zu finden, die gänzlich unbeteiligt und deshalb in ihrem Urteil unbesangen sind. Neben dem formalen Recht wird für jeden das Wohl seines Vaterlandes stehen, dessen Wohlfahrt zu fördern wird ihm höheres Recht dünken, als die Beobachtung internationaler Rechtsätze, deren Anwendung zudem — sonst gäbe es ja keine „strittigen“ Fragen — der Auslegung jederzeit großen Spielraum lassen. Man braucht nur an die Geschichte dieses Krieges und die Unzahl der begangenen und zumeist bestrittenen Völkerrechtsverletzungen zu denken, um sich einen Begriff von den zu erwartenden Streitigkeiten zu machen. Um unbesangene Richter zu finden, müßte man schon daran denken, bei einem Streit zwischen Deutschland und England beispielsweise etwa Vertreter von Patagonien, Grönland und den Fidschi-Inseln zusammenzutreten zu lassen, wobei die Unbesangeneheit immer noch sehr fraglich ist.

Diese kurze Betrachtung führt notwendiger Weise zu dem Schluß, daß, wie alles Entstehen und Vergehen in der Natur, so auch das Schicksal der Menschen in erster Linie auf Kraft und Macht gestellt ist, d. h. also auf den Kampf ums Dasein, bei dem das formale Recht und die Sprüche von Gerichten ihre Schranken finden.

Nebulich wie mit den internationalen Schiedsgerichten liegt es mit der Frage der „Freiheit der Meere“. Dieses Schlagwort ist ebenfalls viel gebraucht worden, es hat aber noch niemand angegeben, in welcher Form sie verwirklicht werden soll und verwirklicht werden kann. Der Ausdruck „Freiheit der Meere“ soll doch wohl bedeuten, daß das Besahren der Meere allen Handelsschiffen ohne jede Einschränkung gestattet ist und daß solche Schiffe auf keine Weise in ihrer Fahrt gehindert oder gehemmt werden dürfen. Wie sieht es aber dann mit der Zulassung in den Häfen? Diese müßte jedenfalls auch ohne Einschränkung ge-

stattet werden. Abgesehen davon, daß hier wieder die Frage der wirtschaftlichen Überwältigung des einen durch den anderen entsteht, müßte man sich klar darüber sein, wie die Freiheit gesichert werden soll. Die erste Bedingung müßte augenscheinlich die sein, daß alle besetzten Punkte an wichtigen Durchgangstränen, z. B. Gibraltar, Malta, Sues, Aden usw. beseitigt werden, ferner aber auch, daß alle Flottenstützpunkte und Hafenbefestigungen fallen. Denn ohne diese Voraussetzung würde ja jede Macht in der Lage sein, die von ihr besetzten Punkte zur Abwehr der Schiffe anderer Völker zu benutzen. Tun sie dies, dann wäre wieder der Fall gegeben, daß das Internationale Schiedsgericht einschreiten und die Flotten der übrigen Völker gegen den Friedensstörer aufbieten müßte. Die Kriegsflotten müßten jedoch abgeschafft werden, da sie natürlich die stärksten Kampfmittel gegen die Handelsschiffahrt bilden. Werden nun alle diese Kampf-, Angriffs- und Verteidigungsmittel abgeschafft, so blieb immer noch die Möglichkeit, Häfen zu sperren, die Angehörigen fremder Nationen festzusetzen und an der Ausführung ihrer kaufmännischen oder sonstigen Tätigkeit zu verhindern. Wie will man solchen Verstößen begegnen, wenn keine Kriegsschiffe vorhanden sind?

Es scheint uns, daß es genügt, auf diesen circulus vitiosus hinzuweisen, um zu zeigen, daß das Wort „Freiheit der Meere“ im internationalen Sinne ein gefährliches Schlagwort ist, geeignet, friedliche Völker in Ruhe einzuwiegen, aber nicht geeignet, sie vor Gewalttätigkeiten zu schützen. Dabei sehen wir von der Frage ganz ab, ob ein Land, wie England, dessen Machtstellung sich gerade auf seinen Machtmitteln zur See aufbaut, jemals zu einer Ausrüstung in dem angedeuteten Sinne, zur Aufgabe seiner Stützpunkte und besetzten Plätze, bereit sein wird. Wir glauben, es würde dies als Selbstmord ansehen und diesen zu begehen, wird kein Gericht ein Volk zwingen können.

Die Verhandlungen des Reichstags über den Frieden rufen noch eine andere Erwägung hervor. Bis jetzt sind die Feinde von unserem endgültigen Sieg noch nicht überzeugt, oder sie tun wenigstens so. Sie stellen Forderungen auf, denen bei uns wohl keine Partei zustimmt, denn sie würden darauf hinauslaufen, daß Deutschland auf unabsehbare Zeit als Großmacht ausscheidet. Wir haben also die eigentümliche Lage, daß diejenigen Mächte, die bisher alle militärischen Vorteile auf ihrer Seite haben, sich für einen Frieden erklären, der sie zwingt, alle eroberten Gebiete wieder herauszugeben, mit der einzigen Gegenleistung, daß sie ihre Kolonien wieder erhalten, die demgegenüber von verschwindendem Wert sind, während aber alle ihre überseeischen Niederlassungen, investierten Kapitalien und die nicht abschätzbaren Handelsbeziehungen vernichtet sind.

Die anderen Mächte aber, die sich Niederlage auf Niederlage geholt haben, verlangen von uns nicht nur Verzicht, sondern Herausgaben als wenn sie die Sieger wären. Sie sind also in der glücklichen Lage, ohne jedes Risiko für ihre Zukunft weiterkämpfen zu können, denn im Falle ihres Sieges können sie ihre Absicht, uns zu zerstören ruhig ausführen, im Falle unseres Sieges können sie unter Berufung auf den Beschluß des Reichstages jederzeit den beiderseitigen Verzichtfrieden bekommen. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man eine solche Lage als noch nie dagewesen bezeichnet. Ein Vertreter des Reichstagsbeschlusses hat kürzlich das Wort geprägt: „Die Entente ist moralisch schwächer als wir. Das ist unsere Sieges-Chance“. Hat der Urheber dieses Wortes denn wirklich aus der Geschichte und aus diesem Kriege gelernt, daß das Moralische das ausschlaggebende Element in der Politik ist? Beweist nicht die ganze Geschichte Englands, daß man ohne jede Moral ein großes Reich aufbauen und Jahrhunderte lang fortgesetzt stärken und ausdehnen kann? Was bedeutet ferner überhaupt das Wort „Moral“ im Völkerleben, ist es der selbe Begriff wie der im Privatleben oder ein anderer? Unsere Ansicht darüber ist kurz folgende: Moralisch handeln, heißt sich einem höheren Sittengesetz unterordnen. Für den einzelnen Menschen bedeutet das zugleich Unterordnung unter die Gesetze der Gesellschaft, der man angehört, der Familie, des Volkes, denen man sich nötigenfalls auch zu opfern hat. Für den Staat aber gibt es keine höhere Gesellschaft; die Menschheit als solche bildet keine Gesellschaft. Sie besitzt auch gar keine einheitlichen Sittengesetze oder auch nur Anschauungen. Soweit sie unter Völkern ähnlicher Kulturstufe vorhanden sind, liegt eine zufällige, häufig auf religiöse Einflüsse zurückzuführende Übereinstimmung vor, deren bindende Bedeutung aber lediglich auf der Autorität des eigenen Staates und der in ihm geltenden Gesetze und Anschauungen beruht. Die religiösen Sittengesetze haben nur die Pflichten des Einzelnen im Auge, gegen sich, gegen seinen Nächsten (d. h. die übrigen Einzelmenschen), gegen sein Volk. Auch hier endigt die Verantwortung beim Staat. Dessen Existenz ist es also, die erst dem sittlichen Handeln in der Welt Bedeutung und Grundlage gibt. Daher ist die Selbstbehauptung des Staates für ihn selbst das oberste sittliche Gesetz. Eine Handlung, die im Privatleben als sittlich gilt, kann deshalb, auf den Staat angewendet, in höchstem Maße unsittlich sein. Wenn z. B. ein Staatsmann einem anderen Volke, mit dem sein Land in Krieg lebt, einen Frieden anbietet, der die Existenz seines Landes und seine künftige Entwicklung gefährdet, so ist diese Handlungsweise, obgleich sie die weitere Vermeidung von Krieg vergießen, also einer nach dem für den einzelnen Menschen geltenden Sittengesetze unsittlichen

Handlung, bezweckt, in höchstem Grade selbst unsittlich, geschieht sie ohne Bewußtsein der Tragweite, so ist sie zum wenigsten eine politisch unkluge, weil den Staat gefährdende, Handlung. Mit Rücksicht hierauf sollte man mit der Anwendung des Wortes „moralisch“ in der Politik vorsichtig sein.

Die Neigung unseres Volkes, sich über Begriffe und Theorien innerlich zu zerfleischen, ist von unseren Feinden, namentlich England, stets und auch während des Krieges geschickt ausgenutzt worden, und es ist erstaunlich, zu sehen, in welcher verblüffenden Weise große Kreise in Deutschland, namentlich große politische Parteien, jedesmal auf einen Zankapfel, den die Gegner in unsere Mitte werfen, anbeissen. Von vornherein hätte jedem Deutschen klar sein müssen, daß wir uns vor inneren Streitigkeiten zu hüten hätten. Die Zeit eines großen Krieges ist nicht dazu da, um Fragen des politischen Systems zu erörtern, zumal gerade der Krieg gezeigt hat, daß die Stellung zur Kriegsführung mit dem politischen System so gut wie nichts zu tun hat. Denn unsere Gegner sehen sich aus Staaten mit den verschiedensten Regierungsformen zusammen. Die russische Despotie ist mit der französischen Republik seit über zwei Jahrzehnten eng verbunden, niemals hatten die Franzosen daran Anstoß genommen, daß ihr treuer Bundesgenosse die ihrem System entgegengesetzte Verfassung besaß, daß er alljährlich tausende seiner Volksgenossen durch Alte reiner Willkür und politischer Verfolgung nach Sibirien verschickte. Die französisch-russischen Verbrüderungsfeste erlitten dadurch nicht die mindeste Beeinträchtigung. Jeder der uns feindlichen Staaten hat ferner in den letzten Jahren Eroberungskriege geführt, nur das Deutsche Reich ist seit den 44 Jahren seines Bestehens ein Hort des Friedens gewesen. Trotzdem fand das Schlagwort unserer Feinde von dem deutschen „Imperialismus“, „Kaisertum“ und „Militarismus“, der den Frieden der Welt bedrohe, bei uns starken Widerhall, und das Traurige war, daß die Feinde sich zum Beleg dafür auf zahlreiche deutsche Presse-Auflerungen und Parlamentsreden berufen konnten, die Jahr aus, Jahr ein im Ausland den Boden dafür bereitet hatten, indem sie deutsche politische und militärische Einrichtungen angriffen und herabzogen. Dasselbe gilt von den Schlagworten des preußischen „Funktums“ und des „absoluten Regiments“. Als die Revolution in Russland ausbrach, hatten unsere Sozialdemokraten und Demokraten nichts Eisigeres zu tun, als wahre Sympathiekundgebungen zu veranstalten und zu verkünden, daß nunmehr der Tag des Friedens und der Freundschaft mit dem russischen Reiche angebrochen sei. Auch die Regierung Bethmann-Hollwags huldigte dieser Ansicht, wie aus der bekannten Kundgebung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung anlässlich des Angriffes am

Stochod hervorging, und gewährte Russland, statt dessen schwierige Lage auszunützen, offiziell Zeit, sich innerlich zu festigen. Die Enttäuschung ist ja dann nicht ausgeblieben. Nun wird der Führer der russischen Revolution, auf den man in den in Frage stehenden deutschen Kreisen so große Hoffnungen gesetzt hatte, als der Verräter dargestellt, der die schönen Friedensabsichten, vermutlich bestochen durch England und Amerika, durchkreuzt habe. Es geht hier genau, wie mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wie haben die Regierung und ein großer Teil der Presse Herrn Gerard in Schuß genommen gegen die Warnungen von alddeutscher Seite, die ihn als Helfershelfer Englands bezeichneten, und wie haben sich diese Warnungen in der Zwischenzeit bestätigt? Russland gegenüber vergaß man in seiner Befangenheit in politischen Theorien auch vollständig, daß es der Zar gewesen ist, der Jahrzehnte lang gegen eine starke Kriegspartei und Volksstimmung den Frieden mit Deutschland erhalten hat.

Über die Hohlheit des Schlagwortes „Demokratie“ haben selbst Sozialdemokraten bei uns, soweit die Zustände in feindlichen Ländern in Betracht kamen, treffende Glossen gemacht. Trotzdem ließen sich nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die demokratische Partei und, um den Anschluß an angeblich populäre Strömungen nicht zu versäumen, auch das Zentrum und die Nationalliberalen nicht davon abhalten, den Kampf um die Erlangung sogenannter demokratischer Einrichtungen in Deutschland wie auf Kommando unserer Feinde alsbald aufzunehmen. Nun kann man durchaus auf dem Standpunkte stehen, daß unsere Verfassungseinrichtungen in verschiedener Hinsicht reformbedürftig sind, niemand aber kann sich andererseits doch der Tatsache verschließen, daß die bisherigen Verfassungen des Reiches und Preußens unseren Aufstieg unter den Völkern und die Entwicklung eines reichen inneren sozialen Lebens nicht im mindesten behindert haben. Ferner müßte man sich sagen, daß man über Verfassungsfragen zum mindesten sehr verschiedener Meinung sein kann, auch wenn man keine Klasseinteressen, sondern nur das Allgemeinwohl im Auge hat, und das Staatswohl, nicht politische Theorien, sollen doch wohl oberstes Gesetz sein. Infolgedessen ergab sich unseres Erachtens mit zwingender Notwendigkeit die Schlusfolgerung, alle diese Fragen, welcher Partei man auch angehörte, beruhen zu lassen, bis der Krieg vorbei war. Der Krieg selbst konnte einen Prüfstein dafür abgeben, inwieweit und nach welcher Richtung Verfassungsänderungen vorzunehmen seien. Auch der Umstand mußte zu dieser Folgerung führen, daß die feindlichen Staaten schlagende Beispiele dafür lieferten, daß die Form einer demokratischen Verfassung

Korruption und Cliquenwirtschaft in der Politik nicht nur nicht ausschließen, sondern offenbar begünstigen. Trotz alledem hat man unter der Mitwirkung des leitenden Staatesmannes diese Fragen während des Krieges aufgerollt und durch die Art ihrer Behandlung Streit und Verbitterung in die Reihen des kämpfenden Volkes getragen. Man hat auch in diesem Kampf selbst wieder nur mit Schlagworten gesprochen. So wurde erklärt, daß, da alle Bevölkerungskreise gleichmäßig ihr Leben vor dem Feinde einsetzen, auch alle das gleiche Wahlrecht haben müßten. Als ob die Frage des zweckmäßigsten Aufbaues des Staatswesens etwas mit der Erfüllung der gemeinsamen Pflicht der Landesverteidigung zu tun hätte! Mit demselben Recht könnte man sagen, daß kein Unterschied mehr zwischen Offizieren und Gemeinen sein dürfe, da sie ja beide gleichmäßig ihre Haut zu Markte tragen, mit demselben Recht könnte auch eine gleichmäßige Verteilung aller Vermögens und aller Einkommens gefordert werden. Von der Tatsache, daß ein Staat doch keine aus Atomen bestehende gestaltlose Masse, sondern ein in Familien, Gemeinden, Ständen und Klassen gegliederter lebendiger Organismus ist, ist dabei keine Rede.

Neuerdings spielt weiter das Schlagwort „parlamentarische Regierung“ eine große Rolle. Dem Volk wird eingeredet, daß die parlamentarische Regierung eine Regierung durch das Volk sei. Nichts ist falscher als dies. Eine Regierung durch das Volk ist in einem großen neuzeitlichen Staat unmöglich und es gibt deshalb auch keinen großen Staat mit Volksregierung. Was man parlamentarische Regierung nennt, ist in Wirklichkeit eine Regierung durch eine kleine Zahl auf dem Wege der agitatorischen Bearbeitung der Wähler in das Parlament gelangter Männer, die nach der Verfassung nur ihrem eigenen Gewissen, nicht den Wählern verantwortlich sein sollen. Ihre Fähigung zu dem Beruf des Regierens kann das Volk bei der Wahl nicht prüfen, die Wahl erfolgt vielmehr nach allgemein gehaltenen Parteiprogrammen und nach den den Wählern naheliegenden wirtschaftlichen und sozialen Wünschen. Bei der Auswahl der Persönlichkeiten spielt bekanntlich außerdem deren Betriebsamkeit und Geschick in der Bearbeitung der Wähler eine größere Rolle, als ihre Kenntnisse und ihre Eignung, weltpolitische Fragen richtig zu beurteilen. Ferner sind selten geistig hervorragende Männer im Stande, ein Mandat anzunehmen, da sie zu stark durch berufliche Pflichten in Anspruch genommen sind. Man muß bedenken, daß die parlamentarische Mitarbeit sehr viel Zeit erfordert und zu 95 % darin besteht, Reden zu halten und von anderen Abgeordneten anzuhören.

Wie wenig die aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehenden Parlamente die eigentlich produktiven, treibenden Kräfte des Volkes vertreten, mag das eine Beispiel zeigen, daß unsere Hansestädte, deren führende Kreise doch für unsere Weltstellung von der allergrößten Bedeutung sind, durch Abgeordnete der Sozialdemokratie im Reichstage vertreten sind, einer Partei also, die bewußt Klassenpolitik treibt und in ausgesprochenem Gegensatz zu den erwähnten führenden Kreisen steht. Welche Rolle Eigennutz, Ehrgeiz und andere persönliche Charaktereigenschaften bei dem Parlamentarismus spielt, mag außer Betracht bleiben.

Die wahre Sachlage also ist die, daß in parlamentarisch regierten Ländern eine kleine Zahl durch Stimmenmehrheit der Wähler berufener Männer ohne besonderen Befähigungsnachweis unumschränkt regiert, bis sie durch einen Wechsel der jeweiligen Parlamentsmehrheit beseitigt oder in ihrer Zusammensetzung verändert wird, während in nicht parlamentarisch regierten Ländern Männer die Regierung führen, die von einem über den Parteien stehenden Staatsoberhaupt auf Grund ihrer Vorbildung und Befähigung ausgewählt werden und die in ihrem Urteil nicht von einer hinter ihnen stehenden Wählermasse, sondern nur von dem Vertrauen des Staatsoberhauptes abhängig und im übrigen ihrem Gewissen verantwortlich sind. In konstitutionell regierten Ländern, wie Deutschland, besitzt daneben das Parlament der Regierung gegenüber ein ausgedehntes Recht der Kontrolle, während eine solche Kontrolle in den parlamentarisch regierten Ländern nicht vorhanden ist bzw. lediglich durch die Parteien der Minderheit geübt wird, die wieder ihren Parteidendenzen unterliegen, die daher selbst nicht auf Unparteilichkeit Anspruch erheben können.

Zu welchem Hemmschuh der Parlamentarismus auf dem Gebiete der inneren Reformen wird, zeigt am besten wohl die soziale Gesetzgebung. Während das monarchisch konstitutionell regierte Deutschland seit Jahrzehnten eine stetig weiter entwickelte Gesetzgebung auf diesem Gebiete betätigte, blieben die uns feindlichen Länder weit zurück und es kostete Jahrzehnte, um in England und in Frankreich nur die ersten Gesetze dieser Art zur Erledigung zu bringen. Aehnlich verhält es sich mit der Steuerpolitik, die in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika trotz Jahrzehnte langer Bemühungen noch nicht zur Durchführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer gediehen ist. Es soll hiermit an sich nichts über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Gesetze gesagt werden, aber die Leistungsfähigkeit der politischen Systeme wird durch diese Beispiele jedenfalls auf schlagende Weise bewiesen. Zur Bewertung des parlamentarischen Systems genügt es endlich, darauf hinzuweisen, daß ein Bismarck in einem so regierten

Staat als Ministerpräsident und Reichskanzler überhaupt nicht möglich gewesen wäre — es würde dann heute auch keinen Reichstag geben, in dem man sich über den Ausbau des Deutschen Reiches unterhalten könnte.

Was folgt aus alledem? Dass man sich hüten soll, Schlagworte, wie demokratische Reformen, Parlamentarismus usw. während des jetzigen furchtbaren Krieges zum Schlachtruf politischer Kämpfe zu machen. Nur den Feinden geschieht damit ein Gefallen, die Einigkeit des Volkes wird aufs ernsteste erschüttert. —

Viel notwendiger ist es, sich klar zu machen, wie die Voraussetzungen beschaffen sein müssen, auf denen sich die Zukunft Deutschlands nach dem Kriege wieder aufbauen lässt. Keine Verfassungsreform, kein politisches Recht kann uns irgendwie das ersezken, was die persönliche Tüchtigkeit der Einzelnen im geistigen und wirtschaftlichen Leben geleistet hat und was sie auch in Zukunft leisten muss, wenn Deutschland vorangehen und nicht verkümmern soll. Keine innere Reform und kein politisches Recht kann aber auch das Fehlen einer der notwendigen wirtschaftlichen Grundlagen für die Betätigung dieser Eigenschaften ersezken.

Daher mag versucht werden, die Voraussetzungen unseres Gediehens nach dem Kriege andeutungsweise zu untersuchen. Dabei soll eins vorausgeschickt werden. Die Kultur eines Volkes ist nicht gleichbedeutend mit seinem wirtschaftlichen Wohlstand, ein reiches, wohlhabendes Volk kann auf niedriger Kulturstufe stehen, ein viel weniger wohlhabendes aber über hohe geistige Kultur verfügen. Ein Beispiel ersterer Art bieten die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Jedem, der in diesem Lande gereist ist, wird aufgefallen sein, dass das Leben sich um das „Geschäft“ auf der einen Seite und die Erlangung materieller Genüsse auf der anderen Seite dreht. Es ist geradezu erschreckend, welche Leere in den Großstädten der Union in Bezug auf alle geistigen und Kunstgenüsse herrscht. Jede deutsche Stadt mittleren Umfangs übertrifft die größten amerikanischen Großstädte an öffentlichen Veranstaltungen und Darbietungen geistiger und künstlerischer Art. Auch haben die Amerikaner noch keinen hervorragenden Künstler oder Dichter hervorgebracht. Diesem Mangel entspricht die brutale Art, wie die Amerikaner sich politisch stets verhalten haben — man denke nur an den Kampf gegen das kleine Spanien — und wie sie während des Krieges gegen die Mittelmächte gearbeitet haben.

Auf der anderen Seite ist aber wirtschaftlicher Wohlstand die notwendige Voraussetzung für ein Volk, das eine Großmacht sein will, ebenso wie ein festes Fundament für ein Haus oder ein Denkmal die Voraussetzung für dessen Bestehen bildet.

Kein moderner Großstaat kann sich selbst genügen. Mehr oder weniger ist er auf Beziehungen zu anderen Ländern angewiesen. Dies gilt vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Ein Staat, der seine wirtschaftlichen Güter selbst erzeugen will, müßte sich auf niedriger Kulturstufe befinden. Was besonders Deutschland betrifft, so sei nur darauf hingewiesen, daß wir im Jahre 1913 an wichtigen Rohstoffen, Nahrungs- und Genussmitteln folgenden Einfuhrüberschuß hatten:

An Spinnstoffen für . . . . .	1135 Millionen Mark
an Häuten und Fellen für . . . . .	492 " "
an Erzen für . . . . .	329 " "
an Kautschuk für . . . . .	118 " "
an Salpeter für . . . . .	172 " "
an Oelsäuren für . . . . .	478 " "
an Sämereien für . . . . .	28 " "
an tierischen Fetten für . . . . .	325 " "
an Kupfer für . . . . .	329 " "

Zusammen betrug die Einfuhr im Jahre 1913:

an Rohstoffen . . . . .	5003 Millionen Mk. = 46,5 %	} der Gesamtwert der Einfuhr
" Nahrungs- und Genussmitteln . . . . .	2759 " " = 25,6 "	
" lebenden Tieren . . . . .	290 " " = 2,7 "	
zusammen . . . . .	8052 Millionen Mk. = 74,8 %	

Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß ein Teil dieser Waren entbehrt oder durch andere Waren, die im Innlande verfügbar sind, ersetzt werden kann und der Krieg ist ja hierin ein guter Lehrmeister gewesen. Aber die wichtigsten Rohstoffe, namentlich soweit sie aus den Tropen kommen, die also im Innlande nicht erzeugt werden können, müssen nach wie vor eingeführt werden. Dazu kommt die Notwendigkeit der Einfuhr von edlen Metallen für unsere Währung sowohl, wie zur inländischen Verarbeitung. Die Mehreinfuhr an Gold betrug im Jahre 1913 335 Millionen Mark.

Um diese Waren einzuführen, muß Deutschland die Mittel zu ihrer Bezahlung haben. Im Frieden hat es diese Mittel gewonnen durch seine hochwertige Ausfuhr an Fertigerzeugnissen, durch seine Welt umspannende Seeschiffahrt, seine Versicherungen und seine Kapitalanlagen im Ausland. Dadurch war es auch möglich, die zur Begründung einer guten Währung nötigen Mengen an Gold in so reichlichem Maße einzuführen, denn die Forderungen an das Ausland überstiegen die Schulden an das Ausland. Der Unterschied wurde durch die Einfuhr von edlem Metall ausgeglichen. Während des Krieges hat sich diese Lage durchaus

geändert. Die Einnahmequellen aus der Seeschiffahrt, aus den Versicherungen und aus Kapitalanlagen im Auslande sind fast ganz weggeflogen, der Wert der Warenausfuhr nach den neutralen Staaten war an sich gering und wurde weit übertroffen durch das Einfuhrbedürfnis in Waren aller Art. So entstand ein Minus zu unseren Ungunsten, das angesichts der Unmöglichkeit, es fortwährend durch Goldausfuhr auszugleichen, zu dem Sinken der Valutta führte, das wir seit Kriegsbeginn in zunehmendem Maße zu verzeichnen haben und das uns viele Millionen Mark Schaden bringt.

Wollen wir nach dem Kriege wieder gesunde Verhältnisse herstellen, so müssen wir im Stande sein, sehr bald die alten Handelsbeziehungen zum Ausland wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Selbstverständlich werden wir die Einfuhr entbehrlicher Waren noch für geraume Zeit nach dem Kriege untersagen oder wenigstens stark einschränken müssen. Aber wenn wir in dieser Beziehung noch so scharf vorgehen, der Bedarf an unbedingt nötigen Rohstoffen ist angesichts der vollständigen Entblößung von ihnen während des Krieges ein so gewaltiger geworden, daß er allein eine große Einfuhr erfordert. Die Frage ist nun erstens: können wir die zur Bezahlung nötigen Ausfuhrgüter bereit stellen? und zweitens: werden wir für diese Güter aufnahmefähige Länder finden? Was den ersten Punkt betrifft, so werden nicht allzuviiele Güter zur Ausfuhr vorhanden sein. Die ganze deutsche Erzeugung hat sich im Kriege auf den Kriegsbedarf umgestellt, neue Vorräte an Ausfuhrgütern sind also kaum geschaffen worden, die vorhandenen wohl inzwischen hauptsächlich im Inlande verbraucht oder ins neutrale Ausland ausgeführt. Jümmehr mögen einige Vorräte an für das Ausland wichtigen Waren vorhanden sein, so z. B. chemische Erzeugnisse, und da wir in diesen Artikeln an der Spitze aller Länder marschieren, so brauchen wir uns wegen des Absatzes keine Sorge zu machen. Indessen dies ist doch an Wert nicht sehr viel. Um neue Ausfuhrgüter zu schaffen, bedarf es der Rohstoffe und zahlreicher Arbeitskräfte. Von ersteren muß ein beträchtlicher Teil wiederum aus dem Auslande kommen. Wir bedürfen aber der Arbeitskräfte und Rohstoffe vor allem für das Inland selbst. Es sei nur an die Wiederherstellung der militärischen Anlagen und Ausrüstungsgegenstände, die Eisenbahnen und ihren Zubehör, die maschinellen Einrichtungen, die während des Krieges eine außerordentliche Abnutzung erfahren haben, und anderes gedacht. Es müssen daher erhebliche Zweifel an der Möglichkeit baldiger Herstellung von Ausfuhrgütern in größeren Massen entstehen.

Die Bezahlung der ausländischen Rohstoffe muß auf längere Zeit mit Hilfe von Anleihen geschehen, die wir im Auslande aufnehmen, die

aber doch in absehbarer Zeit zurückzuzahlen sind. Die Gewinnung einer bedeutenden Ausfuhr muß jedenfalls das anzustrebende Ziel sein.

Aber auch der *Abstand* im Auslande wird großen Schwierigkeiten begegnen. Von den Absichten der Feinde, uns nach dem Kriege wirtschaftlich aufs äußerste zu schädigen, wurde schon oben gesprochen. Selbst wenn es gelingt, formell einen Wirtschaftskrieg zu verhindern und die feindlichen Staaten zu veranlassen, ihre unter sich getroffenen Verabredungen wieder aufzuheben, so bleibt doch die Abneigung des feindlichen Auslandes gegen uns bestehen. Es ist ein mehr als naiver, es ist ein gefährlicher Glaube, daß bei einer sogenannten Verständigung der Wille der Völker, uns wirtschaftlich niederzuringen, aufgehoben oder gar in die Geneigtheit, uns die Tore wieder in altem Unfange zu öffnen, verwandelt werden könnte. Im Gegenteil, was sie auf militärischem Gebiete nicht erreichen konnten, werden sie versuchen, auf dem stillen Wege des Boykotts und der Schikane zu erreichen. Das Gefühl, uns trotz aller Anstrengungen und Opfer, trotz der zahlenmäßigen gewaltigen Überlegenheit nicht überwunden zu haben, wird um so schärfer in dem Widerstand gegen neue wirtschaftliche Eroberungen unsererseits zum Ausdruck kommen. Es heißt doch die menschliche Natur, insbesondere aber die der Engländer völlig verkennen, wenn man auf eine solche Wandlung der Gesinnung ganzer Völker rechnen wollte. England ist zwar bereit, Staaten, die sich als Vasallenstaaten ihm unterwerfen, ein gewisses Maß von Freiheit und wirtschaftlicher Entwicklung zuzugestehen, wie das die Burenstaaten zeigen, niemals aber einem Rivalen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Es kommt hinzu, daß wir keineswegs der Welt nach dem Kriege wirtschaftlich ebenso gegenüber stehen werden, wie vor dem Kriege. Unsere Produktionskosten haben sich wesentlich erhöht, die Arbeitslöhne insbesondere sind um das Doppelte und Dreifache gestiegen und die Bestrebungen der Gewerkschaften gehen offensichtlich dahin, die Löhne nicht sinken zu lassen, sondern eher noch durch Verminderung der Arbeitszeiten und der Arbeitsleistungen (Abschaffung des Akkordsystems) zu erhöhen.

Selbstverständlich haben auch andere Staaten mit ähnlichen Erscheinungen zu rechnen. Aber im Gegensatz zu uns befinden sich die anderen großen Staaten dank ihrer früher begonnenen energischen kolonialistischen Tätigkeit in Bezug auf die Selbstbefriedigung mit Rohstoffen in einer weit günstigeren Lage wie wir. Zur Beleuchtung dieses Unterschiedes sei auf folgende Tatsachen hingewiesen, die den Veröffentlichungen eines schwedischen Gelehrten, des Professor Kjellen entnommen sind. Es geherrscht:

England	mit 47 Millionen Einwohnern	. . .	33,4 Mill. qkm
Frankreich	" 39 "	. . .	8,5 " "
Rußland	" <u>128</u> "	. . .	<u>22,3</u> " "
Die 3 Staaten mit 214 Millionen Einwohnern	. . .	64,2 Mill. qkm	

Dagegen beherrschen:

Deutschland	mit 68 Millionen Einwohnern	. . .	3,2 Mill. qkm
Oesterreich-Ungarn	" <u>53</u> "	. . .	<u>0,7</u> " "
Beide Staaten	mit 121 Millionen Einwohnern	. . .	3,9 Mill. qkm

Kjellen hat nun den Wirtschafts-Spielraum berechnet, der auf jeden Einwohner des Mutterlandes entfällt, wenn man die Summe des Landbesitzes durch die Zahl der Einwohner des Mutterlandes teilt. Dieser Wirtschafts-Spielraum beträgt in Hektaren: bei England 71,1, bei Frankreich 21,4, bei Russland 17,4, dagegen: bei Deutschland nur 4,7, bei Oesterreich-Ungarn nur 1,3 Hektar. Dazu berücksichtige man die Beschaffenheit der Kolonialgebiete. England besitzt reichstes Siedlungs- und Rohstoff-Gebiet, z. B. Kanada, Australien, Indien, Aegypten, Süd-Afrika; Frankreich insbesondere Nord-Afrika und Hinter-Indien; Russland das an Bodenschäden und Naturzeugnissen fast unerschöpfliche Sibirien. Deutschland dagegen hat an Siedlungsland nur Südwest-Afrika und auch da ist nur eine extensive Wirtschaft möglich, die anderen Kolonialgebiete bedürfen, um auch nur einen beachtlichen Teil des deutschen Bedarfs an tropischen Erzeugnissen decken zu können, noch sehr der Entwicklung. Betrug doch die Ausfuhr aus unseren Kolonien im Jahre 1913 nur 58,4 Millionen Mark, also nur 0,5% der gesamten deutschen Einfuhr.

Es besteht aber nicht allein ein schroffer Gegensatz zwischen dem Wirtschaftsspielraum der feindlichen Staaten und dem unsrigen nach der gegenwärtigen Kopfzahl der Bevölkerung, sondern dieser Gegensatz wird noch bedeutend verschärft und erhält erst seine richtige Beleuchtung bei einem Vergleich der beiderseitigen Volkskraft, wie sie sich in der Bevölkerungsvermehrung ausspricht. Denn die Frage der Schaffung neuer Wirtschaftsmöglichkeiten ist eine Frage der Zukunft, für die es ausschlaggebend ist, ob ein Volk an Zahl zunimmt, stillsteht oder gar zurückgeht. Ein an Zahl stark zunehmendes Volk muß, um wirtschaftlich nicht zurückzugehen, einen Überschuß an Wirtschaftsspielraum haben, ein an Zahl stillstehendes oder zurückgehendes Volk braucht aber, um im Verhältnis zu anderen Völkern in demselben wirtschaftlichen Wohlstand zu beharren, keiner Zunahme an Wirtschaftsspielraum. Nun betrug wiederum nach Kjellen die Bevölkerungszunahme vor dem Kriege jährlich:

in Deutschland . . . . . 800 000 Köpfe = 1,2 % der Bevölkerung  
„ Österreich . . . . . 500 000 " = 1,42 % " "

Dagegen

in England . . . . . 465 000 Köpfe = 1,03 % der Bevölkerung  
„ Frankreich . . . . . 58 000 " = 0,15 % " "

Nur Russland hat eine stärkere Bevölkerungszunahme wie die Mittelmächte. In England werden die Mehrgeburtten fast aufgewogen durch die jährliche Auswanderung aus Irland. Die Schlussfolgerung aus diesen Zahlen zieht Professor Kjellen in folgendem Satz:

„England, das einen geringeren Bevölkerungszuwachs als Österreich-Ungarn und nur die Hälfte des deutschen Zuwachses hat, beansprucht für sich  $\frac{1}{5}$  der Erde, ohne bisher irgend ein Zeichen verminderten Landhungers gezeigt zu haben. Das völlig sterile Frankreich hat ein Reich mit Beschlag belegt, das den ganzen Wirtschaftsspielraum der beiden Zentralmächte um weit über das Doppelte übertrifft.“

Hinzuzufügen ist, daß das Annektieren fremder Gebiete durch die uns feindlichen Staaten bis in die neueste Zeit fortgesetzt wurde, je nach der Gelegenheit, die sich bot oder die man selber schuf, ohne daß jemals einer dieser Staaten sich durch das Schlagwort „Annexionismus“ hat beirren lassen. Es sei nur erinnert an die Einverleibung der Burenstaaten und Aegyptens durch England, an die Besetzung Marokkos durch Frankreich, die Eroberung von Tripolitanien durch Italien, die Annexion von Cuba und den Philippinen durch die Vereinigten Staaten, die Unterwerfung von Korea durch Japan. Selbst kleine Staaten, wie Griechenland, Rumänien und Serbien haben keine Gewissensbedenken gehabt, die Balkankriege zu einer Erweiterung ihrer Landesgrenzen auszunutzen. Alle diese gewaltigen Gebietserweiterungen sind in den letzten zwei Jahrzehnten, teilweise in den letzten Jahren vor dem Kriege vorgenommen worden und bezweckten, soweit Kolonien in Frage kommen, die betreffenden Mutterstaaten in dem Bezug von Rohstoffen unabhängiger zu machen und zugleich neue Machtstützpunkte zu gewinnen.

Nur Deutschland hat seit den 47 Jahren seines Bestehens keine kriegerischen Handlungen unternommen, außer der Unterdrückung von Aufständen, hat keinerlei Eroberungen gemacht und sich in Bekundungen der Friedensliebe selbst überboten, alles dies, trotzdem es die günstigsten Gelegenheiten hatte, ebenfalls handelnd in die Weltgeschicke zu seinen Gunsten einzugreifen.

Ist es unter diesen Umständen nicht ein reiner Hohn, daß nicht nur das feindliche Ausland fortgesetzt von der Bedrohung des Welt-

friedens durch Deutschland und seiner unzähmbaren Eroberungslust spricht, sondern daß auch weite Kreise des eigenen Volkes sich so betören ließen, daß sie in das Geschrei gegen diejenigen ihrer weitblickigeren Volksgenossen einstimmten, sie als Rüstungsfanatiker und Kriegsheizer verdächtigten, die mit Ernst und Nachdruck auf die immer schwieriger werdende Lage des Deutschen Reiches als Folge seiner Einschnürung und seiner Absperrung von den Rohstoffquellen der Erde und ferner auf die Gefahren hinwiesen, die hieraus notwendiger Weise in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht folgen mußten? Und auch jetzt wieder im Kriege, der ihre Voraussagen vollständig bestätigt hat, sind dieselben Warner und Mahner der Gegenstand heftiger Anfeindungen im Inlande, ja man spricht es den Feinden urteilslos nach, daß sie den Krieg wesentlich mit veranlaßt hätten. Ein Vertreter der deutschen Diplomatie, von Scheller-Steinwarz, der lange Jahre im Auslande, insbesondere auch in den Vereinigten Staaten, gelebt hat, hat kürzlich in einem Aufsatz im roten „Tag“ von dem englischen Minister Balfour gesagt:

„Er (Balfour) hatte wohl seine Kenntnisse von den politischen Zuständen Deutschlands, wie die ganze Außenwelt, aus den deutschen ultrademokratischen Blättern, deren seit Jahrzehnten in alle Welt getragene Ausfälle gegen vermeintliche Junkerherrschaft und Militarismus mehr zur Diskreditierung Deutschlands und damit zur Entfachung des Weltkrieges beigetragen haben, als alle stark-fröhlichen Auswüchse alldeutschen Kraftgefühls, die in einer Zeit, da England, Frankreich, Italien und Amerika ungeheure Gebiete annexiert hatten, gewiß verzeihlich waren, auch für den, der sie nicht für berechtigt hielt.“

Dieser Satz bedarf noch der Ausdehnung: Nicht diejenigen haben gesündigt, die rechtzeitig als Mahner und Warner des Deutschtums auftraten, sondern diejenigen, die dieses vaterländische Verhalten, statt es zu verteidigen, im Auslande verdächtigten, die die Sorge um das Vaterland als Ausfluss einer kriegsheizerischen, eifersüchtigen Handlungsweise brandmarkten. Und wenn andere, etwas wohlwollender denkende Kreise erklären, ja man hätte die Warnungen doch nicht so laut werden lassen dürfen und hätte sich in den Bekundungen mäßigen müssen, so kommt darin wieder das rechte deutsche Philistertum zum Ausdruck nach dem berüchtigten Grundsatz: „Ruhe ist die erste Bürgerspflicht“. Auf der einen Seite will man Taten sehen, auf der anderen Seite aber mit vaterländischen Sorgen, wenn sie nicht in Watte eingewickelt sind, in Ruhe gelassen sein. Zu Zeiten Bismarcks war es freilich nicht nötig, als Warner in nationalen Fragen aufzutreten, aber jetzt liegt es doch klar zu Tage, wie übel die

nachbismarck'sche auswärtige Politik, namentlich aber die der letzten Friedensjahre beraten war. Diese Politik war lediglich kommerziell orientiert, sie richtete ihr Augenmerk nur darauf, Handelsvorteile für deutsche Kaufleute und Industrielle im Auslande zu erlangen, also das Zugeständnis der sogenannten offenen Türe zu erhalten. Man machte sich nicht klar und macht es sich in weiten Kreisen heute noch nicht klar, daß die wirtschaftliche Durchdringung fremder Länder politische Gefahren nach sich zieht, die nur durch eine entsprechende Machtentfaltung beschworen werden können. Das gilt für die Vergangenheit, wie namentlich für die Zukunft. Da hinter den Handelsvereinbarungen keine politische Macht stand, so wurden sämtliche offenen Türen bei Kriegsausbruch mit rauher Hand von den Gegnern zugeschlagen und der deutsche Michel sitzt vor der Türe und beklagt sich bitter darüber, wie „unmoralisch“ doch die Feinde an uns gehandelt haben. Während dem nutzen diese die Lage aus, indem sie sich nicht nur die Bodenerzeugnisse ihrer kolonialen Gebiete dienstbar machen, sondern auch in ungeahntem Maße die einheimische Bevölkerung für ihre Kriegsführung mobil machen.

Wenn man schon nicht in der Lage war — aus eigenem Unvermögen oder unter dem Druck der Verhältnisse, das sei einmal dahingestellt — die Entwicklung der politischen Verhältnisse im deutschen Sinne zu beeinflussen, so hätte man wenigstens in der Erkenntnis der Sachlage seine Rüstung, und zwar die militärische sowohl, wie die wirtschaftliche auf das äußerste anspannen müssen und wenn man dadurch angeblich den Kriegsausbruch beschleunigt hätte, so hätte man einmal wenigstens das gute Gewissen gehabt, alles getan zu haben, was möglich war, um uns in dem unvermeidlichen Kampf die größtmöglichen Siegesaussichten zu sichern, und zweitens hätte man diejenigen Staaten zu sich herübergezogen oder wenigstens von einem Kriege abgeschreckt, die vermöge ihrer geringeren Bereitschaft und ihres geringeren Kräfteeinsatzes in dem Entschluß eines kriegerischen Beginnens schwankten. Statt dessen hat man sich durch das Geschrei der sozialdemokratischen und sogen. demokratischen Presse über den zunehmenden deutschen Militarismus und die „unertträglichen“ Lasten mit geringeren militärischen Anforderungen begnügt.

Heute, da wir mitten im Weltkriege stehen, da kein Beteuern und Beweisen der moralischen Unschuld den Zusammenschluß fast der ganzen Welt gegen uns verhindern konnte, da sind es wiederum die Stimmen der Kurzsichtigen, der Flauen und Schwachmütigen, die das große Wort in Deutschland führen, die das Ohr der verflossenen Regierung gefunden haben und die das deutsche Volk dazu überreden wollen, daß nur ein baldiger Friedensschluß unter Verzicht auf alle Errungenschaften das

einzig Gegebene für uns sei. Die anderen aber, die rechtzeitig die Fehler erkannt haben, die jetzt wieder ihre warnende Stimme erheben, in denen der Geist der besten Deutschen der Vergangenheit, eines Friedrich des Großen, eines Ernst Moritz Arndt, eines Fichte und eines Bismarck lebendig ist, sie müssen beiseite stehen und sich wegen ihrer Haltung noch schmähen lassen. Das deutsche Volk aber sieht ruhig zu, wie durch den ängstlichen Verzicht seiner berusenen Vertreter seine Zukunft gefährdet wird.

Dabei sprechen die Betreffenden von einem Frieden, der uns die volle Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit sichern soll! Sie sollen doch einmal sagen, wie sie sich eine ungehinderte Entwicklung Deutschlands ohne Machtzuwachs vorstellen, wenn das Land unter der Riesenlast der Kriegskosten, der Verpflichtungen gegen Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene, der Kosten für den Aufbau seiner zerstörten Besitztümer im In- und Auslande front. Sie sollen sagen, wie dabei gleichzeitig für die Arbeiter gute Löhne und neue soziale Lasten aufgebracht werden sollen und wie man sich die Wiederherstellung des Absatzes nach dem Auslande denkt, sie sollen sagen, womit wir den Kredit im Auslande erlangen sollen, dessen wir doch für diesen Export unbedingt bedürfen. Kredit heißt Vertrauen. Vertrauen aber wird im Auslande nur erworben durch Sicherheiten materieller Art, wie sie der Besitz von neuen Werten mit sich bringt, und durch den Glauben an die Fähigkeit des geldsuchenden Volkes, sich in verhältnismäßig rascher Zeit wieder empor zu arbeiten. Die Voraussetzung hierfür ist aber politische Macht aus den früher erörterten Gründen, nicht papierne Verträge. Ein Verzicht auf Machtverweiterung kann daher von vornherein nur als Zeichen der Schwäche gedeutet werden, das Vertrauen erleidet damit notwendiger Weise einen starken Stoß. Und für das eigene Volk gebrauchen wir ein starkes Selbstvertrauen. Dies wird gewonnen durch die Aussicht auf größere Entwicklungsmöglichkeiten. Ein Verzichtleisten auf alle Erfolge unseres Heeres und unserer Marine dagegen wirkt lähmend auf den Lebensmut und die Unternehmungslust. Eine Verzichtleistung könnte daher nur unter dem unerbittlichen Zwang der Tatsachen in Betracht kommen. Solche Tatsachen liegen aber nicht bei uns, sondern in hohem Grade bei den Feinden vor. Zum Beweise brauchen wir nur an das Wort Hindenburgs zu denken in seinem Bericht an den Reichskanzler Michaelis, den dieser in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages vom 21. August d. J. vorlas:

„Ein Blick auf alle Fronten ergibt, daß wir militärisch am Beginn des 4. Kriegsjahres so günstig stehen wie nie zuvor. Dem Erfolge zu Lande entspricht auch der Erfolg zur See“.

Und auf der anderen Seite an die Worte des russischen Oberstkommandierenden Kornilow auf der Moskauer Konferenz Ende August:

„Die Lage an der Front ist derartig, daß wir ganz Galizien und die ganze Bukowina und alle Früchte unserer jüngsten Siege verloren haben. An mehreren Stellen hat der Feind unsere Grenze überschritten und bedroht unsere fruchtbaren südlichen Provinzen. Der Gegner sucht die rumänische Armee zu vernichten und pocht an die Tore von Riga und wenn unsere Armee nicht hilft, die Küste am Golf von Riga zu halten, wird der Weg nach Petersburg bald offen stehen“.

Und noch eine Stimme aus dem feindlichen Lager, das die europäischen feindlichen Staaten bisher gar nicht zu veröffentlichen wagten, des amerikanischen Generals Pershing, der namens der amerikanischen Militär-Mission folgendes erklärte:

„Ihre Meinung nach seien die deutschen Stellungen an der Westfront in der Tat uneinnehmbar und könnten höchstens durch einen titanischen Strafaufwand Nordamerikas durchbrochen werden. Die deutschen Reserven an Menschenmaterial seien schier unerschöpflich, und das jährliche Truppenkontingent dürfe in den nächsten 15 Jahren kaum eine Verminderung erfahren. Die deutsche Armee sei im vierten Kriegsjahre stärker denn je. Deutschland sei nach drei Kriegsjahren weder vernichtet noch zerstückelt worden, wie die Entente beabsichtigt hatte. Die weiten eroberten Ländergebiete liefern den Mittelmächten die nötigen Nahrungsmittel und Rohstoffe, sodass der Krieg unter gleichen Bedingungen weitere 10 Jahre fort dauern könne“.

Also die Lage für uns kann nicht günstiger sein und auch über die wirtschaftlichen Nöte kommt das Land trotz notwendiger Einschränkungen hinaus. Wer unter solchen Umständen, da wir noch im Besitz starker Kräfte sind, während die Gegner sichtlich zu erlahmen beginnen, es für richtig hält, dass wir einen Frieden anbieten unter Verzicht auf alle erzielten Erfolge, der weiß wohl nicht, welche furchtbare Verantwortung er gegenüber der Zukunft unseres Volkes übernimmt. In diesem Verzicht drückt sich auch eine Selbsttäuschung über unsere nächsten Daseinsbedingungen aus, denn kein Frieden wird im Stande sein, unsere wirtschaftliche Lage augenblicklich zu verbessern.

In dem Ruf nach einem solchen Frieden kommt aber auch jene Wehleidigkeit zum Ausdruck, die eine bedenkliche Rehseite unserer sonst so viel gepriesenen Sozialpolitik bildet. Der Verlust auf die Staatshilfe hat bereits einen allzu breiten Raum im Denken des Volles

eingenommen. Jeder glaubt sich berechtigt, vom Staat alles zu verlangen und wo Staat und Polizei die für jeden Unbesangenen offenkundige Erscheinung zeigen, daß ihre Macht beschränkt, ihre Mittel unvollkommen sind, da werden die Behörden der bürokratischen oder gar parteiischen Handlungsweise geziichtet, da wird durch Klagen über den Egoismus einzelner Erwerbskreise und über das mangelhafte Zugreifen der Behörden Miszstimmung in die Bevölkerung getragen. Schon vor Jahren hat einmal Friedrich Naumann in einem Vortrag geführt:

„Wir nähern uns einer Zeit der Systematisierung, wo alles gebunden ist, das Leben gesichert und versichert wird, wo vor lauter Versicherung das eigentliche Leben nicht mehr frisch herauskommt. An diese Bestrebungen, deren letzter Traum der risikolose Mensch ist, knüpfen sich schwere Bedenken, darin liegt ein Problem für die zukünftige Politik und Weltwirtschaft, wie für Sittenlehre und Sittenleben eines Volkes“.

Der Kleinmut, der sich in dem Verzicht auf alle unsere Forderungen an die Zukunft ausspricht, übersieht insbesondere aber einen wichtigen Umstand, der im Anschluß an die früheren Mitteilungen über die Kjellen'sche Schrift hervorgehoben werden muß. Der Grundsatz „keine Annexionen, keine Entschädigungen“ bedeutet nicht die Gleichstellung der beiden kriegsführenden Parteien, sondern eine einseitige schwere Benachteiligung Deutschlands. Deutschland allein hat infolge seines geringen Landbesitzes im Verhältnis zu der Stärke der Bevölkerung und infolge seines geringen kolonialen Gebietes das dringende Bedürfnis nach Ausdehnung, wenn es nicht verkümmern oder den Überschuß seiner Bevölkerung wieder in fremde Länder abstoßen soll. Die Gleichstellung, die also scheinbar in der Formel „keine Annexionen, keine Entschädigungen“ für beide kriegsführenden Staatengruppen liegt, ist tatsächlich die starke Ungerechtigkeit gegen die Mittelmächte, insbesondere gegen das entwicklungsbedürftige, eng eingeschnürte Deutschland. Für die verlorenen Abzägebiete wird uns kein Ersatz geboten und kann uns kein Ersatz geboten werden durch eine engere wirtschaftliche Annäherung an Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, denn deren Aufnahmefähigkeit ist beschränkt. Bei der Unbestimmtheit der künftigen handelspolitischen Entwicklung erhebt um so dringlicher die Forderung der Angliederung von Gebieten in unserer nächsten Nachbarschaft, einmal zur Gewinnung wichtiger Rohstoffe — diese finden wir in den Erzbecken von Brieche — andererseits zur Erhöhung unserer Lebensmittelerzeugung und zur Gewinnung von Siedelland — diese finden wir in den mit Deutschtum bereits stark durch-

sezten russischen Ostsee-Provinzen. Zum dritten brauchen wir zu unserer Weltgeltung die flandrische Küste und eine Sicherung Belgiens gegen fremde Einflüsse. In welcher Form die Angliederung der Gebiete an das Reich erfolgt, ist eine zweite untergeordnete Frage. Erkennt man die Notwendigkeit der Angliederung an, so müssen auch die Formen dafür gesunden werden. Dass hier nicht derselbe Fehler gemacht werden darf, wie seinerzeit mit Elsaß-Lothringen, das versteht sich von selbst. Wir brauchen ja nur nach England zu blicken, um zu sehen, wie man in den verschiedensten Formen seine Herrschaft ausüben kann, ohne das beherrschte Gebiet dem eigenen Staat unmittelbar einzufleischen. Aber auch hier spielen schon wieder Schlagworte eine bedenkliche Rolle. Was seit Bestehen der Weltgeschichte bei auftretenden Völkern selbstverständlich war, was unsere jetzigen Feinde noch vor dem Kriege ohne innere Notwendigkeit in der stärksten Weise betätigt haben, die Erwerbung oder Angliederung fremder Gebietsteile, das soll nunmehr, wo es sich um deutsche Lebensnotwendigkeiten handelt, ein fluchtwürdiges Verbrechen oder ein schwerer Fehler sein! So sagen nicht nur unsere Feinde, von denen man dieses verstehen könnte, sondern das sagen große Parteien des Deutschen Reichstages!

Diese Parteien führen sogar den Fraktionszwang ein — nicht eingedenk des Kaiserwortes: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ — um in einer vaterländischen Frage von tiefster Bedeutung, die mit Parteiwesen und Parteiprogrammen auch nicht das mindeste zu tun hat, einen Gewissensdruck auf die „freigewählten Abgeordneten des Volkes“ auszuüben.

Es ist noch etwas weiteres hierbei zu erwähnen. Man erfindet für jeden staatspolitisch fruchtbaren Gedanken nach seiner Bekanntgabe sofort ein neues hässliches Schlagwort, um ihn von vornherein in der öffentlichen Meinung zu unterdrücken, statt sich sachlich mit ihm auszutauschen. So geht es mit dem Vorschlage, die Gefahr der fremdstämmigen Bevölkerung in den neu anzugliedernden Gebieten durch Aussiedlung oder gegenseitigen Bevölkerungsaustausch zu vermindern. Es sollen darnach beispielsweise die in den anzugliedernden nordfranzösischen Bezirken befindlichen Franzosen in ihr Vaterland überführt und das freiwerdende Gebiet mit deutschen Volksteilen besiedelt werden. Dasselbe soll im Osten geschehen, woselbst sich die Möglichkeit bietet, einerseits russische Staatsangehörige aus reichsdeutschen Gebieten nach Russland, andererseits deutsche Elemente aus Russland in die deutschen Ostprovinzen überzusiedeln. Dieser Vorschlag wird als ein „barbarischer“ bezeichnet (in deutschen Blättern!). Barbarisch war es aber nicht, als

man vor Jahrzehnten Hunderttausende von Deutschen durch eine falsche Wirtschaftspolitik in ferne Länder trieb, um dort als Kulturdünger zu dienen. Viele von diesen treuen Söhnen des deutschen Volkes in der Fremde werden nach dem Kriege, angekettet und bedrängt von der feindlichen Gesinnung ihres Stiefmutterlandes ihre alte Heimat wieder aufsuchen. Ihnen muß Gelegenheit zur Ansiedelung gegeben werden und auch darum ist es nötig, für Siedelungsland zu sorgen. Mit der Zerschlagung einiger Rittergüter im Osten zu Zwergwirtschaften ist die Frage der Ansiedelung nicht gelöst, abgesehen davon, daß die Rittergüter im Osten mit ihrem gewaltigen Getreidebau auch ihre Existenzberechtigung vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft haben. Warum soll eine Maßnahme ferner barbarisch sein, die den einzelnen Siedler denjenigen Volk zurückgibt, dem er nach seiner Abstammung und Denkart angehört? Müssen nicht alljährlich deutsche Bauernsöhne ihr für die Zahl der Geschwister zu klein gewordenes väterliches Gut verlassen, um sich in anderen Gegenden anzusiedeln, verpflanzt nicht Nutzland tausende Bewohner seiner westlichen Provinzen nach Sibirien, um dort das Kulturerbe der Kolonialisierung durchzuführen, gar nicht zu reden von den Tausenden, die zwangsläufig nach Sibirien abgeschoben oder die von der „demokratischen“ Regierung Groß-Brittanniens gezwungen werden, Irland zu verlassen? Wo ist also die Grausamkeit und wo das politische und soziale Verständnis für die Staatsnotwendigkeiten?

Wir kommen zum Schluß. Während draußen unsere Truppen zu Lande, zu Wasser und in der Luft tagtäglich ihr Leben einsetzen, um das Vaterland vor dem Einfall feindlicher Heere zu bewahren, müssen die hinter der Front ihr Augenmerk auf die Zukunft richten, um sie so zu gestalten, daß das kräftige, vorwärtsstrebende deutsche Volk sich frei und glücklich entwickeln kann. Insbesondere haben die Kaufleute und die Industriellen alle Veranlassung, diese Frage im Auge zu behalten und sie nicht lediglich den politischen Parteien zu überlassen. Die deutschen Kaufleute haben von jeher ihren Weitblick bewiesen, auf ihnen beruht in erster Linie die Hoffnung des Vaterlandes auf unsere weltwirtschaftliche Entfaltung. Mit ihren Interessen ist das Interesse der gesamten Arbeiterschaft, namentlich der industriellen Arbeiterschaft und das des ganzen Volkes auf das engste verknüpft. Wenn man ihnen das Dasein verkümmert, dann geht das ganze Volk einer traurigen Zukunft entgegen. Daher müssen sie ihre Stimme, wie dies schon zu wiederholten Malen von großen Wirtschaftsverbänden und von einzelnen Körperschaften — es sei insbesondere an die tapferen Kundgebungen der Hansestädte erinnert — geschehen ist, immer nachdrücklicher erheben und fordern, daß

die Reichsregierung und die Parteien bei der Stellungnahme zu der Kriegszielfrage die wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten mehr berücksichtigt, als dies bisher geschehen ist. Es kommt jetzt wahrlich nicht darauf an, innere politische Streitfragen auszutragen und über notwendige Einschränkungen der Lebensführung Klagen anzustimmen, sondern es kommt lediglich darauf an, mit Anspannung aller Kräfte an der Front und hinter der Front den Feind siegreich zu schlagen, um aus eigner Kraft an der Zukunft des Vaterlandes bauen zu können. Maßgebend müssen hierfür sein die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Vorschläge, die in dieser Richtung gemacht werden, sollten von großen Gesichtspunkten aus sachlich geprüft werden, nicht aber sollte mit hohlen Schlagworten das Volk irre geführt, der Blick getrübt und Unzufriedenheit gesät werden. Was aber die Sympathien der anderen Völker betrifft, so vertraue man darauf, daß sie sich von selbst dem Starken und Mächtigen zuwenden werden.

Man hat unsere Zeit oft mit der Friedrichs des Großen verglichen. Mit Recht insofern, als auch der große König gegen eine übermächtige Koalition von Feinden hat kämpfen müssen. Aber er befand sich doch in einer noch schwierigeren Lage. Der siebenjährige Krieg spielte sich zu einem großen Teil in seinem eigenen Lande ab, das verwüstet und gebrandschatzt wurde und in dem Hunger und Elend herrschten. Er stand nur auf sich selbst, war von dem verbündeten England schnöde verlassen. Auch erlitten seine Heere manche schwere Niederlage. Von Krankheit geplagt, von Schicksalsschlägen getroffen, hielt er dennoch mit unerhörter Ausdauer stand und wußte hierdurch und durch seine nie versagenden geistigen Kräfte den Krieg zum guten Ende zu führen. Unsere Lage ist gegenüber derjenigen des alten Fritz eine bei weitem günstigere. Der Feind steht nicht in unserem Land, aber unsere Truppen stehen weit in Feindesland und haben Gebiete, größer als das halbe Deutsche Reich, fest besetzt; aus ihnen beziehen wir Rohstoffe und Nahrungsmittel. Wir können hinter der Front unseren Geschäften nachgehen und haben weder unter Hungersnot, noch unter gefährlichen Seuchen zu leiden. Die Ernte, wenn sie auch manche Aussfälle zu verzeichnen hat, reicht noch weiter zur Ernährung der Bevölkerung aus. Wir haben Heerführer an der Spitze der Armee, deren glänzende Waffentaten bisher noch keine ernstlichen Rückschläge zu verzeichnen hatten. Wir sind also weit entfernt davon, bisher Gleicher an Entbehrungen und zähem Ausharren geleistet zu haben. Dagegen steht bei uns, wie es bei ihm der Fall war, die ganze Zukunft auf dem Spiel, die nur durch einen siegreichen Frieden, der uns die notwendigen Garantien in Gestalt von Kriegsentschädigungen und Gebiets-

erweiterungen bringt, gesichert werden kann. Friedrich der Große leistete genug, indem er im Hubertusburger Frieden das in früheren Kriegen Erworbene behauptete, denn sein Land bot der damaligen geringen Bevölkerungszahl ausreichenden Nahrungsspielraum. Jedes Land konnte außerdem damals sich im wesentlichen selbst genügen. Unsere Lage ist, wie oben gezeigt wurde, eine ganz andere. Wir haben uns in kurzer Zeit aus einem Agrarstaat zu einem Agrar- und Industrie-Staat entwickelt, vielleicht zu schnell. Unsere Handelsflotte war nach der englischen die größte der Welt. Und unser Handel hatte kurz vor dem Kriege den englischen überflügelt. Bei aller anerkennenswerten Steigerung unserer landwirtschaftlichen Leistungen kann der deutsche Boden den Bedürfnissen der Bevölkerung doch nicht genügen. Dazu kommt, daß eine neuzeitliche Volkswirtschaft vieler Waren bedarf, die entweder in unserem Klima nicht gedeihen oder die bei uns nicht in genügender Menge vorkommen, wie dies schon vorhin näher ausgeführt worden ist. Wir brauchen neue Rohstoffbezugsquellen und neue Absatzgebiete, daher eine Erweiterung unserer Macht, wenn wir nicht verkümmern sollen.

Die Freunde des sogenannten „Verständigungsfriedens“ glauben sich und uns damit beruhigen zu können, daß sie sagen, die Verständigung bedeute ja keinen „Verzicht“, denn es könnten Gebietsaustausche durch Vereinbarung vorgenommen werden. Ja, glaubt man denn, England und Frankreich würden auf dem Wege der freiwilligen Preisgabe uns Gebiete abtreten, die für sie oder für uns irgend welchen Wert besitzen? Wir meinen dieser Gedanke ist so abwegig, daß man sich mit ihm keine Minute beschäftigen sollte.

Folgen wir dem Geist Friedrichs des Großen, ohne den das heutige Deutsche Reich nicht bestehen würde, in dem Beharren auf unserer Macht und unserem Recht und führen wir den Krieg zu dem Ende, der nach den heutigen Verhältnissen uns tatsächlich, nicht nur auf dem Papier, Freiheit und Entwicklung gewährleistet.

Ein sozialdemokratischer Schriftsteller unserer Tage, Leimpeters, hat vor einiger Zeit in der „Glocke“ folgendes geschrieben:

„Ich habe täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren und fast alle ohne Ausnahme sind Annexionisten. Selbst Genossen, die für die Politik Liebknecht schwärmen, wollen weder Belgien noch sonst ein besetztes Gebiet herausgeben. Bei einem siegreichen Deutschland würden, sofern Annexionen von der Urabstimmung unserer Parteimitglieder abhängen, sicherlich 90 % für Annexionen stimmen, die aus dem Felde zurückgekehrten wohl restlos.“

Beherzigen wir schließlich die Worte, die vor 100 Jahren ein großer Deutscher, der Philosoph Fichte, über politische Moral und ewigen Frieden gesprochen hat und mit denen ich schließen will:

„Ein Staat, der fortgesetzt diese bescheidene Genügsamkeit übte, müßte entweder durch seine Lage sehr begünstigt oder eine wenig Reiz habende Beute sein, wenn er nicht bald auch um dasjenige kommen sollte, womit er sich bescheiden begnügte, und wenn sich nicht finden sollte, daß die Worte „Ich will nichts weiter haben“ eigentlich die Bedeutung gehabt hätten „Ich will gar nichts haben und will auch nicht existieren.“ —

„Aus solchem Vertragen entstehen jene „ehrenvollen Frieden“, die nicht einmal den Frieden geben, indem sie dem Feinde die völlige Gewalt lassen, unmittelbar nach geschlossenem Frieden seine Pläne da fortzusetzen, wo er sie vor dem Kriege, der ihm einen Augenblick Stillstand gebot, fallen ließ und zufolgedessen wir zwar ihn zufrieden lassen müssen, aber nicht er uns.“

